

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 08.12.2010
Sitzung Nummer:	11 ( SFFGA/11/2010) öffentlich
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:40 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

---

Dr. Helga Paschke  
Vorsitzende/r

---

Ellen Marquardt  
Protokollführer/in

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Frau Dr. Helga Paschke

#### Mitglieder

Herr Marcus Graubner  
Herr Wolfgang Kühnel  
Herr Günter Rettig

#### beratende Mitglieder

Herr Dr. Michael Kühn

#### Stellvertreter

Herr Hartmuth Raden

Vertretung für Herrn Dr. Henning Richter-Mendau

#### sachkundige Einwohner

Frau Kerstin Schmidt  
Frau Carola Stallbaum  
Herr Eckhard Stern

#### Protokollführer

Frau Ellen Marquardt

#### von der Verwaltung

Frau Christiane Rütten  
Herr Carsten Wulfänger

#### Gäste

Herr Jörg Koopmann  
Herr Wilfried Raup

### **Abwesend:**

#### Mitglieder

Herr Detlef Braune  
Herr MR Dr. Volkmar Lischka  
Herr Dr. Henning Richter-Mendau

#### sachkundige Einwohner

Frau Steffi Kraemer  
Frau Margret Tappe  
Herr John Völtzke

**Tagesordnung:**

- 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung
  - 2 Bestätigung der Niederschrift der 10. Sitzung vom 10.11.2010
  - 3 Informationen zur Mietwerterhebung der KdU-Kosten im Landkreis Stendal
  - 4 Zuwendungen für das Jahr 2011 im Bereich des Sozialamtes
  - 5 Mitgestaltung des Kreistages bei der Entwicklung und Arbeit des Jobcenters  
Vorlage: 194/2010
  - 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen  
Vorlage: 190/2010
  - 7 Hinweise und Anfragen
- 

**Protokoll**

**zu TOP 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung**

Frau Dr. Paschke eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

**zu TOP 2 Bestätigung der Niederschrift der 10. Sitzung vom 10.11.2010**

Die Niederschrift der 10. Sitzung vom 10.11.2010 wird ohne TOP 4 einstimmig bestätigt.

**zu TOP 3 Informationen zur Mietwerterhebung der KdU-Kosten im Landkreis Stendal**

Frau Dr. Paschke: Die Wohnungsmarkttypisierung. Wie sind Sie dahin gelangt?

Herr Koopmann: Die Miethöhe basiert auf bestimmten Voraussetzungen. Wir haben entsprechendes Datenmaterial erhoben, ausgewertet und die Vergleichbarkeit hergestellt.

Frau Dr. Paschke: Wie geht es weiter?

Herr Wulfänger: Herr Raup braucht für seine Widersprüche etwas an die Hand. Die bestehende KdU-Richtlinie wird auf der Grundlage der Mietwerterhebung in den nächsten Wochen überarbeitet, allerdings nicht zum 01.01.2011, wir wollen eine längere Anlaufzeit für die Mitarbeiter der ARGE. Wir haben jetzt Obergrenzen und müssen nicht mehr nach Quadratmetern gehen.

Herr Raup: Wenn wir das vorlegen können, werden wir nicht mehr jeden Prozess verlieren. Im letzten Jahr hatten wir Probleme bei größeren Wohnungen, die haben höhere Nebenkosten, damit erhöhen sich auch die Gesamtmieten. Mit den Obergrenzen können wir besser leben.

Herr Rettig: Ich bin selbst ehrenamtlicher Richter. Man hat sich nie an die Richtlinie gehalten, weil das für sie nur gesetzloses Papier ist. Erst auf solch einer Grundlage ist das akzeptabel.

Frau Rütten: Die neue Richtlinie wird im Internet veröffentlicht werden.

Frau Dr. Paschke wünscht die neue Richtlinie für die Kreistagsmitglieder als Mitteilungsvorlage.

**Weitere Ausführungen s. Anlage 1.**

#### **zu TOP 4 Zuwendungen für das Jahr 2011 im Bereich des Sozialamtes**

Frau Rütten: Die Träger zu Punkt 1 (Pflichtaufgaben des Landkreises) haben die gleiche Förderung beantragt wie für das Jahr 2010, somit schlage ich die gleiche Empfehlung auch für das Jahr 2011 vor. Bei der Beratungsstelle für Hörbehinderte e.V. wurden lediglich bei den Personalkosten 600,00 Euro mehr beantragt, es wurde jedoch signalisiert, dass man mit dem Betrag aus 2010 auskommen würde. Wir müssten die Beträge wieder in den Kreistag bringen. Die Träger zu Punkt 2 (sonstige freiwillige Aufgaben) sollen ebenfalls gefördert werden wie im Jahr 2010.

Herr Raden: Man kann von vielen Trägern erwarten, dass sie solche Finanzierungslücken wie 50 Euro pro Monat aus eigenen Mitteln schließen.

Frau Dr. Paschke: Wir folgen dem Vorschlag der Verwaltung und empfehlen dem Kreistag, dass das so in den Haushalt 2011 mit aufgenommen wird. (s. Anlage 2)

#### **zu TOP 5 Mitgestaltung des Kreistages bei der Entwicklung und Arbeit des Jobcenters Vorlage: 194/2010**

Herr Wulfänger: Es wurde vereinbart, wie der Beirat aussehen soll, und zwar wie in der jetzigen Form, wird aber von der Trägerversammlung vorgeschlagen und beschlossen. Der Beirat soll aus folgenden Vertretern bestehen: 2 Vertreter der LIGA der freien Wohlfahrtspflege im Land Sachsen-Anhalt e.V. (außer Trägern, die selbst Maßnahmen durchführen), 1 Vertreter des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft – Kreisverband Altmarkkreis Salzwedel und Stendal, 2 Vertreter der DGB-Region Altmark-Börde-Harz, 1 Vertreter der IHK-Geschäftsstelle Salzwedel, 1 Vertreter des Kreisbauernverbandes e.V., 1 Vertreter der Kreishandwerkerschaft Stendal, 1 Vertreter des Städte- und Gemeindebundes, 1 Vertreter aus jeder Fraktion des Kreistages. Die einzelnen Institutionen werden angeschrieben und können dann ihre Vorschläge unterbreiten. Die neue Institution im Landkreis wird Jobcenter

Stendal heißen, da sind wir uns mit der Arbeitsagentur einig. Die Vereinbarung kommt zum 12.01.2011 in den Kreistag als Beschlussvorlage.

Herr Rettig: Der Beirat ist kein Ausschuss, besteht jedoch die Möglichkeit des Stellvertreterprinzips? Es steht nicht drin, wird aber stillschweigend praktiziert.

Frau Rütten: Es gibt eine Geschäftsordnung, dort ist die Stellvertreterregelung enthalten.

Herr Raden: Es sollte auch weiterhin möglich sein, dass dort 2 Vertreter der kreislichen Gemeinden drin sind.

Herr Wulfänger: Das sind nicht Vertreter des Städte- und Gemeindebundes.

Frau Dr. Paschke: Im letzten Beirat haben wir auch diskutiert, dass jeder, der drin sitzt und auch Bürgermeister ist, genauso betroffen ist wie Träger, die selbst Maßnahmen unterhalten.

Herr Kühnel: Was kann der Beirat entscheiden?

Herr Raup: Der Beirat ist beratend tätig, kann aber nicht selbst Entscheidungen treffen. Wenn der Beirat zu einem Vorhaben sagt, lasst die Finger davon, ist man gut beraten, darauf zu hören. Der Beirat kann regionale Angebote machen.

Frau Dr. Paschke: Man sollte einen Weg finden, rechtzeitig zu wissen, was dort zur Diskussion steht. Als Kreistagsmitglieder im Beirat würden wir uns schon wünschen, dass wir vorher informiert werden und eine Empfehlung abgeben können. Also brauchen wir auch die Vertreterregelung.

Herr Raup: Das Bildungs- und Teilhabepaket ist noch nicht durch den Bundesrat gegangen. Wir werden jedoch bereits ab 01.01.2011 Dinge vorhalten müssen, die gesetzlich geregelt sind. Es wird an fünf Stellen Veränderungen geben. Im August gab es einmalig ein Schulstarterpaket. Die Summe wird künftig verteilt werden auf Schulanfang und –halbjahr (Schulbasispaket). Die Mittagsverpflegung muss an allen Schulen und Kindereinrichtungen gesichert werden. Wir müssen die Anbieter recherchieren und mit ihnen verhandeln. Eine weitere Leistung wird es geben für Bildung und Teilhabe, zum Beispiel Sport- und Kulturveranstaltungen. Dafür gibt es monatlich pro Kind 10,00 Euro. Ist jemand nicht mehr bedürftig, muss ggf. eine Rückforderung von Leistungen erfolgen. Ungeklärt ist eine Rückforderung bei nicht verbrauchten Mitteln. Die Förderangebote in Schulen sollen ergänzt werden. Es sollen jedoch keine neuen Strukturen geschaffen werden. Wir müssen uns mit allen verantwortlichen Schulträgern in Verbindung setzen. Die Lehrer müssen den Bedarf des Kindes bescheinigen. Nachhilfe gibt es nur, wenn jemand versetzungsgefährdet ist. Hier sollen tatsächlich anfallende Kosten gezahlt werden. Leistungen

für Schulausflüge von „Hartz-IV-Kindern“ sind in tatsächlicher Höhe zu erstatten. Die Schulen müssen entsprechende Bescheinigungen ausstellen.

Herr Graubner: Was ist mit den Menschen, die ergänzende Leistungen erhalten?

Herr Raup: Das ist auch unser Problem. Erfasst werden alle Kinder die den Kinderzuschlag erhalten. Für den Kinderzuschlag ist das Finanzministerium zuständig.

Frau Dr. Paschke: Das Problem wird sein, dass die Verwaltungskosten bei weitem nicht ausreichen für den wahnsinnigen bürokratischen Aufwand. Das ist unverantwortlich.

Herr Wulfänger: Das betrifft im Bereich des Arbeitsamtes Stendal 5.500 Kinder.

Frau Rütten: Bei uns sind es 74 Kinder.

Herr Raup: Im Topf sind ca. 1 Million Euro. Die Frage ist, wie wird das in Anspruch genommen. Wir müssen jetzt Aufklärungsarbeit leisten. Das Thema Schulbus könnte Sie direkt treffen. Aus diesem Topf sollen alle Kinder bezahlt werden, die bedürftig sind, bis zur nächst gelegenen Schule.

Frau Schmidt: Ich kann mir vorstellen, wie das abgeht, wenn die Eltern es nicht schaffen, die Leistungen zu beantragen und die Kinder wieder rausfallen. Ich bitte Sie, dass die Beratungsstellen von freien Trägern der Wohlfahrtspflege informiert werden.

Herr Raup: Wir werden eine Stelle schaffen, wo die Anträge bzw. Bescheide erklärt werden, um zu verhindern, dass es zu Gerichtsverfahren kommt.

Frau Dr. Paschke: Im Januar werden wir das nochmals aufrufen, Herr Raup wird dann auch zugegen sein.

#### **zu TOP 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen Vorlage: 190/2010**

Frau Dr. Paschke: Gibt es aktuelle Veränderungen?

Herr Wulfänger: Es gibt zwei Veränderungen, die würde ich hier vorstellen. (s. Anlage 3)

#### **zu TOP 7 Hinweise und Anfragen**

Es gibt keine Anfragen.

Frau Dr. Paschke weist darauf hin, dass die Sitzungstermine für 2011 festgelegt wurden und mit der Niederschrift zur Kenntnis gegeben werden (s. Anlage 4).